

Ostland=Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

- Die polnische Landwirtschaft nach fünf Krisenjahren.
 Polnische Wirtschaftspolitik während der Krise.
 Zur Frage der polnischen Agrarpolitik.
 Die Wirtschaftsführung der Polnischen Staatseisenbahnen.
 Die großpolnische Industrie im Jahre 1934.
 Pflanz — als größter zukünftiger Stützpunkt Polens.
 Zur Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung.
 Zur Frage der Forstwirtschaft.
 Der polnische Export nach Übersee.

Die polnische Landwirtschaft nach fünf Krisenjahren.

Anfang Oktober 1934 richtete die Schriftleitung des polnischen Wirtschaftsblattes „Codzienne Gazeta Handlowa“ an eine Reihe namhafter Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, und insbesondere solcher, deren Tätigkeit sich ausschließlich oder überwiegend auf die Landwirtschaft erstreckt, die Bitte, ihre Ansichten über den augenblicklichen Stand der Landwirtschaft und deren Entwicklungsaussichten zu äußern. Diese zum Teil recht interessanten Ausführungen sind Anfang Dezember 1934 in einer Sondernummer „Die Landwirtschaft nach 5 Krisenjahren“ in der „Codzienne Gazeta Handlowa“ erschienen. Da einige Artikel bereits Anfang Oktober geschrieben wurden, lassen sie die am 24. Oktober 1934 erlassene große Entschuldungsgesetzgebung unberücksichtigt.

Das Blatt wollte mit dieser Artikelserie „ein Bild der im Verlauf der letzten fünf Jahre geleisteten mühevollen Arbeit geben, die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft charakterisieren und die Zukunftsaussichten darstellen.“

Die Wahrheit, die in den Worten der verschiedenen Wirtschaftsführer liege, solle nicht nur die Aufmerksamkeit der maßgebenden Faktoren oder der Landwirtschaft allein, sondern die des ganzen Volkes auf die gefährlichsten Schwächen und Unzulänglichkeiten des wichtigsten polnischen Wirtschaftszweiges lenken. Gleichzeitig würde die ununterbrochen geführte mühselige Arbeit und deren bereits erzielte riesige Erfolge sowohl auf dem Gebiete der Erzeugung, wie auch des wirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Lebens zum Ausdruck kommen.

Die große Bedeutung der Landwirtschaft, von der über 60 % der Bevölkerung Polens leben, geht u. a. auch zahlenmäßig aus dem Anteil derselben am Außenhandel hervor. Es seien nämlich an landwirtschaftlichen und tierischen Erzeugnissen (außer Holz) in den verschiedenen Jahren ausgeführt worden in je 1000 Zloty: im Jahre 1929 — 1 151 063, im Jahre 1930 — 1 040 451, im Jahre 1931 — 742 242, im Jahre 1932 — 441 316 und im Jahre 1933 — 350 380 Zloty.

„In Prozenten betrug der Anteil der landwirtschaftlichen Ausfuhr an der Gesamtausfuhr Polens im Verlauf der Jahre 1929—1933: im Jahre 1929 — 40,1 %, im Jahre 1930 — 42,8 %, im Jahre 1931 — 39,5 %, im Jahre 1932 — 40,7 % und im Jahre 1933 — 36,5 %.“

Mit Recht seien daher die Regierungen seit Jahren bemüht, diesen wichtigen Wirtschaftszweig gesund zu erhalten und noch weiter zu kräftigen, oder wo es not tue, zu stützen. Dafür sei die Ende Oktober 1934 erlassene Entschuldungsgesetzgebung ein erneuter Beweis und eine gleichzeitige Krönung der bisherigen Arbeit.

Von den zobrechnen die Landwirtschaft der verschiedenen Gebiete Polens behandelnden Artikeln wird nur kurz auf die wichtigsten, besonders auf die Weltgebiete Bezug nehmenden Ausführungen eingegangen werden können.

Allgemeiner Natur sind die Äußerungen des Senatses J. Wielomysłski, des 2. Vorklängen des Obersten Staatlichen Rates der Grundbesitzerorganisationen über „Krise und Entschuldung.“ Der Verfasser weist vor allem den Vorwurf zurück, den man heute vielfach gegen den Großgrundbesitz erhebt, als ob dieser allein leichtsinnigerweise in den Jahren der guten Konjunktur Gelder aufgenommen und unnütze Investitionen gemacht habe. Das alles sei damals eine allgemeine Erscheinung, wie der Aufschwung der Milchproduktion und infolgedessen Intensivierung, die Parole des Tages gewesen. Es habe damals der „Zustand einer Massenpsychose“ bestanden.

Nach dem Konjunkturaufstieg habe sich die Landwirtschaft in der weitaus schwersten Lage befunden, weshalb auch die einseitige Intervention des Staates, die die Steigerung der Einnahmen bei gleichzeitiger Senkung der Produktionskosten zum Ziele habe, dieser in erster Linie gegolten habe.

Beachtung verdienen jedoch die dann folgenden Schlussätze des Verfassers.

„Diese Aktion wird in der Atmosphäre des Vertrauens und des Glaubens in die Richtigkeit der Regierungsarbeit geführt, trotz ihrer zweifellos ungenügenden Ausmaße.“

Mit dem Fortschreiten der Entschuldungsaktion dringt jedoch in diese Harmonie der Wirtschaftsgrundsätze ein unangenehmer Mißklang. Ich denke hierbei an das Dekret von der Übernahme von Grundstücken in Staatsbesitz für gewisse Geldschulden. Zum ersten Male wird bei der Entschuldung der Vorwurf der angeblichen Leichtfertigkeit als Begründung eines Ausnahmerechts in Bezug auf eine bestimmte Kategorie von Grundbesitzern erhoben. Zum ersten Male erscheinen als Begleitung dieses Vorwurfs Tendenzen, die dem wirtschaftlichen Grundgedanken der Entschuldung fremd sind. In diesem Jahre (gemeint ist 1934) folgt der letzte Akt der staatlichen Intervention: die Entschuldungsdekrete. Die von mir angedeuteten Tendenzen bilden leider auch das Leitmotiv der letzten Verordnungen. Diesen hat man nämlich, wie es scheint, die These zu Grunde gelegt, daß die geringen Mittel, über die der Staatsfiskus verfügt, und die Notwendigkeit, einen gesunden Apparat des organisierten Kredites am Leben zu erhalten, den Staat zwingt, eine stärkere Einschränkung der Größe derjenigen Gruppe von Wirtschaftsbetrieben, denen die Vergünstigungen der Entschuldung zugute kommen, vorzunehmen. Aus den Reihen der zu Rettenden müssen diejenigen Betriebe ausfallen, welche sich im Zustande der Agonie befinden oder unheilbar krank sind. Die Betriebe dieser Gruppe unterliegen der Liquidation. Eine verständliche und von der traurigen Wirklichkeit erzwungene These.“

Die zweite These sei die begünstigte Behandlung der Kleinbetriebe, die zwar schon teilweise von der rein wirtschaftlichen Ebene abgleite, für die aber gewichtige Motive anderer Art sprächen.

Die dritte These ist jedoch schon ausgesprochen außerwirtschaftlicher Art. Sie beruht auf der Verknüpfung der Entschuldungsaktion mit dem Agrarbau. Dies ist kein Umbau als natürliche Folge der Liquidation überschuldeter Betriebe, sondern ein Umbau unter Ausnutzung der staatlichen Intervention, die durch die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse bedingt ist, um so einen bedeutenden Teil des Großgrundbesitzes zu zerschlagen oder in Staats-

besitz zu übernehmen. Durch Annahme dieser These ist die Berechtigung der ersten These zunächst gemacht worden. Das wirtschaftliche Moment, das einzig und allein der Maßstab für die Feststellung derjenigen Gruppe, die den Schutz der Entschuldungsgesetzgebung genießen soll, sein dürfte, ist verworfen worden. Dadurch ist den Einzelnen Schaden zugefügt worden und, wie es scheint, wird auch der wirtschaftliche Endeffekt der Bemühungen des Staates und der Opfer des Volkes geschwächt."

Der Direktor des Verbandes der Landwirtschaftskammern und -Organisationen, W. Lesniowski, schildert die Entstehung und die Arbeit an den landwirtschaftlichen Verschuldung regelnden Verordnungen. Besonders führt er in Vergleich die Vorschläge, die vom Verband der Landwirtschaftskammern den entscheidenden Anhangen unterbreitet wurden, mit dem endgültigen Inhalt der Verordnungen. Die deutlich herauszufallende Kritik scheint mir heute den verdienstlichen Verdienst über die Gründe der so raschen Herausgabe der Entschuldungsgesetzgebung Recht geben zu wollen.

Ohne der Wirklichkeit vorgreifen zu wollen, sei Verfasser jedoch der Ansicht, daß, wenn man in größerem Umfange das vom Verband der Kammern und Landwirtschaftlichen Organisationen aufgestellte Programm verwirklicht hätte, in höherem Maße die Befürchtungen, daß die Pflichten der Landwirte auf Grund der Verordnungen über die Regelung der landwirtschaftlichen Schulden ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigen könnten, ausgefaßt worden wären.

„In diesem Augenblick erscheint nur das eine als sicher, daß die Oktoberdekrete an sich allein keinen genügenden Einfluß auf die finanzielle Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Betriebe werden ausüben können, was die Notwendigkeit einer ausdauernden Arbeit auf den übrigen Gebieten der Landwirtschaftspolitik zur Folge haben wird.“

Den Wert und das praktische Ergebnis der gesamten bisherigen Agrar-Finanz-Gesetzgebung (ohne die Oktobergesetze) faßt der Vorsitzende der Warschauer Landwirtschaftskammer, Jablonski, wie folgt zusammen:

„Diese Gesetze haben nicht die erhabene Rolle gespielt, wie man sie ihnen bei ihrer Entstehung zuechicken hatte, und das sowohl infolge des Preissturzes, als auch infolge der Erhöhung der Abgaben und Steuern, welche Gründe ihnen zum Teil ihre realen Grundlagen entzogen. Faßt man das bisher Gesagte zusammen, so kann man feststellen, daß die bisherige Gesetzgebung ergab: a) die Möglichkeit durchzuhalten, b) den Schutz vor zugrunderrichtenden Prozessen, c) die Möglichkeit einer Regelung der Verhältnisse zwischen dem Grundstücks-erwerber aus der Parzellierung und dem parzellierten Grundbesitz, aber sie hat auch d) wenn auch ermäßigte, so immerhin doch noch recht hohe Zinsen festgesetzt und e) die Liquidierung der Verschuldung nicht weiter fortgeführt.“

Bei der aufeinander folgenden gebietsmäßigen Betrachtung der Auswirkung der Krise auf die Landwirtschaft weist zuerst der Vorsitzende der Gutsbesitzervereinigung Osołpols, Graf Zółtowski, auf den „spezifischen Krisencharakter der Landwirtschaft Großpolens“ hin. Die Eigenart dieses Gebietes liege sowohl in wirtschaftlichen wie in außerwirtschaftlichen Momenten begründet. Eines der wichtigsten sei der infolge der starken Intensivierung der landwirtschaftlichen notwendig hohe Kapitalbedarf. Dieser habe aber selbst vor Ausbruch der Krise wegen der Feuerung des Getreides keineswegs befriedigend gedeckt werden können. Um die Betriebe nicht abzusinken zu lassen, ließen die Landwirte Geld zu höchsten Zinsen. Das Hinfallen der Preise 1920 habe unmittelbar die Zahlungsunfähigkeit der Landwirtschaft zur Folge gehabt. Selbst der Zinsendienst konnte nicht geleistet werden, und viele Betriebe wurden unverändert an den Rand des Ruins gebracht.

„Der hohe Stand der Landwirtschaft in den westlichen Wojewodschaften war das Ergebnis zielvoller Arbeit und der Anlagen mehrerer Generationen. Er diente nicht selten, besonders in

der Nachkriegszeit, zur Unterstützung anderer Gebiete, er hielt in starkem Maße die Handels- und Zahlungsbilanz des Landes aufrecht und konnte nach außenhin als Vorbild und Verbreiter verbesserter Methoden und veredelter Produkte dienen.“

Dieser durch mühselige Arbeit erreichte Erfolg habe in Gefahr gefaßt, mit einem Male zunächst gemacht zu werden. Dank dem energischen Vorgehen der landwirtschaftlichen Organisationen und der verständnisvollen Hilfe seitens der Regierung habe man, wenn auch in Form zusammenbruchs der Landwirtschaft nicht aufzugeben, so doch wenigstens das Tempo derselben zu mindern vermocht.

Bei dieser Gelegenheit müsse betont werden, daß einzelne der staatlichen Anordnungen, die in anderen Gebieten Polens sehr gute Ergebnisse gezeigt hätten, wie beispielsweise die Schiedsgerichte u. a. m., in Westpolen viel geringeren Erfolg gehabt hätten. Die verschiedenen Verordnungen, die in erster Linie gegen den Wucher gerichtet gewesen seien, hätten in diesen Gebieten nur selten Anwendung gefunden.

„Im Gegensatz dazu lastet der sich bedeutender gesetzlicher Privilegien erzielende organisierte Kredit weiterhin sehr drückend auf der Landwirtschaft, die die formell zulässige Höhe der Verzinsung aufzubringen nicht instande ist.“

Es sei hierbei wohl zu erwarten, daß schließlich die Finanzinstitute selbst einsehen werden, daß ein vernünftiges Radwegen ihrerseits ihnen auf lange Sicht von größerem Nutzen sein werde als ein kurzes Festhalten am Recht.

Außer diesen mehr äußeren Bedingungen, die sich auf die Lage der großpolnischen Landwirtschaft auswirkten, müsse auch noch ein Faktor mehr innerer Natur erwähnt werden, der ihre geringere Widerstandsfähigkeit zur Folge habe.

„Es ist dies die traditionelle wirtschaftliche Einstellung der Bevölkerung auf einen bestimmten Wirtschaftstyp. Das deutsche System, das die Landwirtschaft dieses Gebietes während eines Jahrhunderts gestaltet, hat eine konsequente Arbeitsteilung zwischen Regierung und Bevölkerung durchgeführt. Die Regierung trachtete danach, günstige allgemeinwirtschaftliche Bedingungen zu schaffen durch Eröffnung von Absatzmärkten, Sicherung rentabler Preise u. a. m.; dagegen hatte die Bevölkerung fast als alleinige Aufgabe, die Erzeugung zu steigern, wodurch sie sich selbst direkt und dem Staate indirekt diene. Das Geld war billig, nach landwirtschaftlichen Ergebnissen bestand eine starke Nachfrage, kein Wunder also, daß eine Tendenz nach hohen Brutto-Preisen bestand, selbst wenn sie durch hohe Selbstkosten erkauft sein sollten. Es verblieb immer noch eine Spalte für die Nettoeinnahme. So kam es, daß das, was in einer recht spezifischen Konjunktur günstig war, sich vernichtend auswirkte, als sich die Konjunkturlage von Grund auf änderte. Daher ist auch die Abkehr von einer Landwirtschaft mit großem Umsatzkapital zu einem System der Selbstversorgung hin, das so weit als möglich die verderblichen Folgen der Preisschere ausschaltet, erforderlich.“

Um das zu erreichen, werde sowohl die Bevölkerung wie die Regierung große Anstrengungen machen müssen. Denn die Zolerierung eines Jahres, in dem der größte Teil der Landwirte mit Verlusten arbeite, sei Selbstmord.

Die anderen, den Verhältnissen in den Westgebieten Polens geminderten, Artikel allgemeinerer Natur kommen im wesentlichen immer auf das gleiche heraus: infolge der intensiven Wirtschaftsweise — großer Bedarf an Kapital, das dieses knapp und teuer ist, rasch zunehmende Verschuldung, die nach dem Ausbruch der Krise zur Zahlungsunfähigkeit führt. Die bisherige (außer der Oktober-) Gesetzgebung hilft diesem Zustand nur wenig ab.

Andererseits wurden aber die wenigen positiven Möglichkeiten, die sich der verschuldeten Landwirtschaft böten, nicht genügend ausgenutzt. Hierfür wird als Beispiel von dem Direktor der Bank Rolny, Filiale in Polen, A. Kotulinski, das Gelingen über die „Kreditationsbank angeführt. Sein Wert beruht u. a. darauf, daß es, indem es das Wohl der einen wie der anderen Seite im Auge habe, diese beiden sich „einmalig“ gegenüberstehenden Fronten zwingt, den „Kampf“ abzubrechen, Verhandlungen einzuleiten, um schließlich Verträge abzuschließen. Erst

nach der gütlichen Einigung können sie aus den für sie vorgesehenen Vorteilen Nutzen ziehen.

Der Abschluß eines Abkommens über die Akzeptationsbank beseitigte manche Schwierigkeiten und schaffte Ruhe und Klarheit. Dabei

erreichte der Landwirt: — eine Herabsetzung der Verzinsung, Verteilung der Rückzahlungen auf sieben Jahre, er gebraucht keinerlei Deckungswechsel zu hinterlegen. Die Bank erreicht: — hinsichtlich des Wertes ein hundertprozentig sicheres Rediskontomaterial, das immer zur rechten Zeit kommt, zumindestens einen teilweisen Ausgleich der inolge der Herabsetzung des Zinsfußes entstandenen Verluste, und schließlich, was vielleicht das wichtigste ist, die Garantie von Seiten des Staates, daß die Hälfte der durch den Schuldner, mit dem das Abkommen geschlossen wurde, entstehenden Verluste gedeckt werden."

Mit Rücksicht auf die in den westlichen Gebieten besondere Struktur der landwirtschaftlichen Verschuldung, die sich in der entscheidenden Mehrzahl aus der Verschuldung bei Aktienbanken, Kommunalhöfen, Kreditgenossenschaften, also bei Instituten des organisierten langfristigen Kredites zusammensetzt, hätte man erwarten dürfen, daß das Gesetz über die Akzeptationsbank die weitgehende Anwendung gerade in Großpolen und in Pommern finden würde. Statt dessen hätten die ersten Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes den gegebenen Hoffnungen entschieden widerprochen. Der Abschluß von Abkommen sei nur selten und unter Schwierigkeiten zustande gekommen. Es habe bedeutende Anstrengungen der Akzeptationsbank und derjenigen Stellen, die hier für Finanzfragen zuständig seien, gekostet, um das Mißtrauen zu beseitigen und sowohl den Schuldner wie den Kreditinstitutionen beizubringen, wie die technischen Schwierigkeiten zu beseitigen seien.

Besonders die Staatliche Agrarbank habe hierbei wertvolle Arbeit geleistet, und sie sei es auch gewesen, die der Akzeptationsbank die ersten Verträge aus dem Posenen vermittelt habe.

Die Privatbanken haben sich recht schnell die Technik der Vergleichsabschlüsse zu eigen gemacht und den Grundgedanken dieser Aktion erfaßt. Schwieriger habe sich die Lage mit den Kreditgenossenschaften gestaltet, so daß erst eine energische Arbeit und Aufklärung durch das Patronat der Volksbanken zu gesteigerten Vertragsabschlüssen bewegten. Die größte Zurückhaltung gegenüber dieser Aktion zeigten bisher die Kommunalsparkassen, was teilweise durch die hohe Liquidität, die den Stand dieser Institute charakterisiert, erklärt werden kann."

Hoffe man zusammen, so lasse sich feststellen, daß der gegenwärtige Stand der Dinge sich von dem der ersten Monate nach Tätigkeitsbeginn der Akzeptationsbank wesentlich unterscheidet und vollkommen die ursprüngliche Annahme rechtfertigt, „daß das Gesetz besonders für unser Gebiet günstig ist."

In einem anderen Artikel über die Licht- und Schattenseiten der bisherigen Agrar-Finanz-Gesetzgebung in Großpolen stellt der Verfasser fest, daß alle diese Gesetze (wiederum unter Aufzählung der Ende Oktober erlassenen Entschuldungsgesetzgebung) bestenfalls ein Mittel gegen Zwangsselektion in die Landwirtschaft, keineswegs aber genügende Mittel zur Durchführung einer Entschuldung und damit erst einer tatsächlichen Hilfe waren.

Im Gegensatz zu den verhältnismäßig schwachen Ergebnissen der Arbeit der Akzeptationsbank hätten entschieden die Schiedsämter noch die bedeutendste Rolle bei der Entschuldung gespielt. Insgesamt seien von den Kreischiedsämtern der Wojewodschaft Posen Fälle über eine Summe von 14 643 000 Zloty bearbeitet worden.

Die Parzellierung zum Zweck der Entschuldung habe auch noch recht gute Resultate gezeigt. Es seien zu diesem Zwecke rund 4 419 ha parzelliert worden, 27 Ökter hätten auf diese Art eine Verminderung ihrer Schulden herbeigeführt. Diese Arbeiten würden zur Zeit noch weitergeführt.

Letztlich ist eine Reihe deutscher Besitztümer zur Parzellierung geschritten, da sie sich anderweitig mit ihren Schulden keinen Rat mehr wußten."

Aus dem gleichen Artikel lassen sich einige recht interessante Zahlen über den Stand der Verschuldung entnehmen.

„Die Verschuldung der großpolnischen Landwirtschaft auf Grund statistischer Angaben, die im Wege einer sehr unvollkommenen Erhebung nach dem Stande vom 30. 6. 1932 erlangt wurden, betrug insgesamt 6 16 734 598 Zloty.

Die Institute des kurzfristigen Kredites erteilten mittelfristigen Kredit in einer Summe von 2 792 640 Zloty, an kurzfristigen Kredit 50 703 331 Zloty; die Verschuldung bei den Instituten des langfristigen Kredites betrug zusammen 418 179 103 Zloty, die Verschuldung bei den landwirtschaftlichen und Handelsgenossenschaften 93 694 410 Zloty, bei den Instituten der Sozialleistungen 9 623 864 Zloty, bei Versicherungsgesellschaften 7 888 667 Zloty . . . die Rückstände an Staats- und Kommunalsteuern betragen 28 848 400 Zloty.

Außerhalb unserer näheren Berechnungen sind die folgenden Schulden unberücksichtigt geblieben: offener Kredit bei Käufern und Händlern, rückständige Löhne und Privat-hypotheken.

Die „Bereitschaft“ unserer Verschuldungszusammenstellung wird durch die folgende Tatsache charakterisiert: 570 im Laufe des Jahres 1933 beim Kreisschiedsamt in Bromberg eingelaufene Anträge zeigen, daß die mittlere Verschuldung auf 1 ha eines Landwirts, der weniger als 100 ha besitzt, 400 Zloty, was mit der Hektaranzahl multipliziert eine Verschuldung in Höhe von 40 Millionen Zloty ergeben würde, — die Verschuldung der über 100 ha-Besitzer ergäbe im Durchschnitt rund 15 Millionen, was zusammen 55 Millionen ausmacht.

Wir haben als Beispiel einen Kreis ausgewählt, der nur 38 Gutsbezirke besitzt, die sehr stark verschuldet sind. In anderen Kreisen mit einer viel größeren Anzahl Gutsbezirke, z. B. im Kreise Mogilno, wo es deren 97 gibt, wird die allgemeine Verschuldungsziffer bis zu einer erschreckenden Höhe ansteigen, wenn wir mit der Verschuldung je 1 ha operieren und die Zahl mit der Gesamtfläche dieses Kreises multiplizieren wollen . . ."

Wenn man alle diese Momente berücksichtigt und von der mittleren Verschuldung je 1 ha in den 27 Kreisen ausgeht, so ist es keine Übertriebung, sondern vielmehr wiederum bescheiden zu nennen, wenn man die Gesamtverschuldung der großpolnischen Landwirtschaft unter Berücksichtigung der verschiedenen Verschuldungsmöglichkeiten schätzungsweise mit ein und einer halben Milliarden Zloty beifert.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 1. 12. 1934.]

Polonische Wirtschaftspolitik während der Krise.

Zum Jahreswechsel schrieb der frühere polnische Finanzminister, S. Matuszewski, für die englische Wirtschaftszeitung „Financial News“ einen Artikel über das oben genannte Thema. Der gleiche Artikel erschien am 6. Januar d. J. in der „Gazeta Polska“, und nach dieser dann auch, teilweise kommentiert, in zahlreichen anderen Zeitungen. Nachstehend seien die Grundgedanken jener Ausführungen wiedergegeben.

Im ganzen gesehen rechtifertigt Minister Matuszewski nicht nur die von Polen geführte Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, sondern ist von ihrer unbedingten Nützlichkeit fest überzeugt. Wenn die Folgen und Erscheinungen der Krise in verschiedener Hinsicht für Polen trotzdem kaum weniger schwer gewesen seien, so sei dies nicht der Beweis einer falschen Politik, sondern vielmehr aus der zwischenstaatlichen Wirtschaftsverflechtung zu erklären.

Was Polen vor allem den meisten anderen Staaten vorausgehört habe, das sei die frühzeitige Erkenntnis der herannahenden Krisengefahr.

„Während man in vielen Staaten noch hoffnungsvoll in die Zukunft schaute — begann man sich in Polen bereits auf die wirtschaftlichen „Stürme“ vorzubereiten. Die Regierung machte keine neuen Investitionen; die Erteilung von Bankkrediten wurde bewußt abgestoppt; obgleich die Einnahmen des Staatesfiskus noch nie so hoch waren wie im Jahre 1929 — wurde ein weiteres Anwachsen des Budgets verhindert; die Polnische Staatsbank (Bank Polski) führte die Restriktionspolitik durch.“

Das alles habe jedoch noch nicht genügt, um Polen gegen die hereinbrechende Krise immun zu machen. Man habe deshalb hier wie anderswo nach Wegen finden müssen, um den drohenden Gefahren widerstehen zu können. Auch darin sei Polen wieder anderen Staaten zuvor gekommen. Denn bereits im Jahre 1930 sei eine Analyse der Wirtschaftslage durchgeführt und ein Programm für den Kampf gegen die Krise aufgestellt worden. Man habe dabei die Wirtschaftspolitik nicht auf irgend eine Wirtschaftstheorie aufgebaut, sondern ihr lediglich den gesunden Menschenverstand zu Grunde gelegt. Man ging einfach davon aus, daß der — in Gold gerechnete — Preissturz auf der ganzen Welt nach 1929 ein natürlicher sei, ebenso wie die Preissteigerung während des Weltkrieges in Anbetracht der damaligen Umstände als natürlich angesehen werden müsse. Es sei man aber die Überzeugung gewann, daß die nach 1929 einsetzende Preislenkung keinen vorübergehenden, sondern wahrscheinlich dauernden Charakter tragen werde, so sei damit auch die Notwendigkeit festgelegt worden, die Wirtschaft der neuen Preislage anzupassen.

„Unter der Voraussetzung, daß erstens — der Preissturz dauernden Charakter trägt und zweitens — um die Wirtschaft zu beleben, man die durch diese Preislenkung veränderte Verteilung des Volkseinkommens“

— zugunsten des Gläubigers und der monopolistischen Organisationen und auf Kosten des Schuldners sowie der Produzenten — „ausgleichen müsse — standen Polen zwei Wege zur Wahl offen. Entweder Aufgabe des Goldstandards und Devaluation oder Aufrechterhaltung des Goldstandards — und dann eine Senkung der steifen Elemente der Wirtschaft (Schulden, Löhne, Tarife, Budgets, Monopolpreise u. a. m.) durch gesetzliche und Verwaltungsverordnungen.“

Das Abgeben vom Goldstandard, wie dies England und die skandinavischen Länder getan haben, wäre zweifellos der einfachere Weg gewesen. Polen habe aber in der kurzen Zeit seines Bestehens genügend Währungsfluktuationen und -entwertungen erlebt.

Man wolle nicht dem Volke den so schwer erparten Großschaden durch eine freibleibige Geldentwertung wegnemen.

„Die Wirtschaftspolitik Polens schlug also den schwierigeren Weg — der Anpassung an die niedrigen Preise unter Beibehaltung des Goldstandards — ein. Dieser Entschluß bedingte eine konsequente Kleinarbeit. Es war dazu eine Übereinstimmung nötig zwischen der von der Polnischen Staatsbank geführten Finanzpolitik, der Politik des Staatsfiskus, der Gesetzgebung, Verwaltung, und was mit das Wichtigste ist, des „man of the street.“ Man unternahm eine Reihe weitgehender Maßnahmen: die Staatsausgaben wurden um 30,2 % gesenkt, die Selbstverwaltungsausgaben — um 47 %, die Eisenbahntarife — durchschnittlich um 20 %, die Preise der monopolisierten Artikel ebenfalls durchschnittlich um 20 %; außerdem sind im Gesetzeswege in einer Reihe von Fällen Revisionen des Verhältnisses von Gläubiger und Schuldner durchgeführt und — ohne das Kapital selbst anzugreifen — die Gewinne der Gläubiger verringert worden; es wurden die Beamten- und Arbeiterlöhne gesenkt; der Geldumlauf ist um 15,8 % verringert worden. Das alles wurde durchgeführt ohne erhaltene oder auch nur nachgesuchte Unterstützung von auswärtigen.“

Welche Ergebnisse zeigte das? Polen ist eins der billigsten Länder. Polen ist beim Goldstandard geblieben. Das ist eine recht seltene Zusammenstellung. Denn billig sind heute vor allem diejenigen Länder, die vom Goldstandard abgegangen sind. Dagegen haben die Länder, welche ihn beibehalten haben, in internationalen Handel wegen der inneren Teuerung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Lebensunterhalt in Polen ist ungefähr zweimal so billig wie im Deutschen Reich, um die Hälfte billiger als in Frankreich. Und gleichzeitig ist die Handelsbilanz Polens seit Mitte 1929 dauernd aktiv, und alle im Ausland aufgenommenen Schulden (mit Ausnahme der Kriegsschulden) zahlte Polen ohne Unterbrechung und Verzug. Die Haushaltsdefizite der Jahre 1930—1934 sind vollkommen gedeckt, und gleichzeitig hat sich die

Schuld des Staatsfiskus nur um rund 20 Millionen Pfund vergrößert. Die polnischen Banken haben ihre Tätigkeit nicht eine Stunde lang eingestellt, trotz des österreichischen, deutschen und amerikanischen Krachs. Die Spareinlagen sind während den Krisenjahren sehr stark angewachsen und haben sich von 1928 bis zum Jahre 1934 um 117,7 % vergrößert.“

Wenn man nun die Frage stelle, ob all diese Bemühungen genügt hätten, um die Krise in Polen zu überwinden, so müsse man sie verneinen. Wenngleich die Produktion in den letzten beiden Jahren eine erfreuliche Steigerung erfahren habe, so sei andererseits aber auch die Arbeitslosenziffer von 91 000 im Jahre 1929 auf 295 000 im Jahre 1934 angewachsen. Auch in anderer Hinsicht könne die Krise noch heimeswegs als überwunden angesehen werden.

Siecan fragte jedoch nicht Polen allein die Schuld, sondern die weltwirtschaftliche Lage überhaupt, und in besonders starkem Maße die Auslastungsbestrebungen der einzelnen Staaten. Alle Maßnahmen fremder Staaten, die den internationalen Warenhandel unterbinden, machen gleichzeitig eine Verbesserung der Wirtschaftslage unmöglich. Denn Polen sei wieder ein so bedeutendes Erzeugerland, wie die Vereinigten Staaten, noch ein so wichtiges Glied in der Weltwirtschaft, wie beispielsweise England, als daß die eigene Wirtschaftspolitik hätte entscheidend einwirken können. Was die internationalen Wirtschaftsverhältnisse anbetreffe, so hatte Polen nur eine Möglichkeit — sich zu verteidigen.

„Und verteidigt haben wir uns mit aller Kraft und mit der einzigen Waffe, die den Armen übrig bleibt — der Billigkeit.“

In denjenigen Fällen jedoch, wo es Polen möglich gewesen sei, das Wort im Namen irgendwelcher Prinzipien zu ergreifen, da habe Polen im zwischenstaatlichen Handel zwei Tefen vertreten: 1. die der größtmöglichen Handelsfreiheit, 2. der gleichmäßigen Behandlung der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse.

Wirtschaftsleute meinte mit der Erfahrung der überländerten vier Krisenjahre die von der Regierung gekennzeichnete Politik, so werde sich diese als richtig erweisen, da sie nicht nur zur Bekämpfung so manchen Übels beigetragen habe, sondern auch dem polnischen Volk Nutzen gegeben und in der Verpflichtung gestärkt habe, die übernommenen Verpflichtungen auch in den schwersten Zeiten einzufüllen.

[„Gazeta Polska“ vom 6. 1. 1935; „Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 8. 1. 1935.]

Zur Frage der polnischen Agrarpolitik.

Mitte Dezember 1934 veröffentlichte der Departementsdirektor im polnischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Adam Rofe, in der Wirtschaftszeitung „Das wirtschaftliche Polen“ einen Artikel über die auf dem Gebiete der Landwirtschaft in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen und das zukünftige Programm der Agrarpolitik. Die darin zum Ausdruck gebrachten Ansichten begegnen einer scharfen und zum großen Teil ablehnenden Kritik in einem Teil der polnischen Presse. Besonders eine Entgegnung im „Młotowian Kurjer Codzienny“ nimmt Dr. Rofe zum Anlaß einer Rechtfertigung. Er behauptet darin, daß es ihm in seinem ersten Artikel lediglich darum gegangen sei, als Ausgangspunkt des zukünftigen Programms der Landwirtschaftspolitik eine Reihe von Thesen aufzustellen, deren Inhalt kurz folgender sei.

I. Um das brennende Problem der kindlichen Überbevölkerung einer Lösung zuzuführen, müsse man den Überfluß und den Zuwachs der Landbevölkerung einer Beschäftigungsmöglichkeit außerhalb der landwirtschaftlichen Produktion, also vor allem in den Städten, zuführen suchen. Unter diesen Umständen müsse anerkannt werden, daß die Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten für die Industrie bzw. die Verwirklichung in der Wirtschaftspolitik rationaler Forderungen der Industrie ein untrennbares Teilstück jeden Agrarprogramms sei.

II. Infolge der großen Kapitalarmut der polnischen Landwirtschaft müsse man danach trachten, die bereits vorhandenen produzierten Kapitalien weitgehend auszunutzen.

„Diese These spricht für eine maximale Anstrengung zum Zwecke einer Kommissation und Vergrößerung der Zwerbetriebe (in denen das investierte Kapital keine entsprechenden Produktionsmöglichkeiten findet), wobei ich der Nachbarparzellierung den Vorzug gebe vor der Ansiedlungsparzellierung, weil diese letztere die Anlage neuer, vor allem öffentlicher Kapitalien, notwendig macht.

III. Der Landwirtschaft muß man die bestmöglichen Absatzbedingungen sowohl außerhalb des Landes, wie auf dem Binnenmarkt sichern, indem man sie auf diesen vor der ausländischen und insbesondere der überseeischen Konkurrenz schützt und für sie in den Handelsverträgen möglichst günstige Ausfuhrbedingungen erwirkt.

IV. Man muß nicht nur in der Landwirtschaft, sondern im gesamten Wirtschaftsleben als die wichtigste Aufgabe die Zunahme des Sozialeinkommens ansehen; denn die niedrige Stufe des sozialen Einkommens auf dem Lande, die bedingt ist durch die geringen Absatz- und damit auch Erzeugungsmöglichkeiten, ist vielleicht die hauptsächlichste Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen der Staat seit einer Reihe von Jahren kämpfen muß.“

Der Ansicht Dr. Rofes von der notwendigen Förderung der Industrialisierung in Polen zwecks Aufnahme der bisher freien Arbeitskräfte tritt der Kritiker des „Aufstromeu Kurzer Cozyennu“ mit der Forderung nach einer stärkeren Intensivierung der kleinen und kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe (von 10–50 Hektar) entgegen. Günstigstenfalls wären dann zur Vervollständigung dieser Wirtschaftsbetriebe und zur wirtschaftlichen Versorgung deren Besitzer rund 3 Milliarden Arbeitstage im Jahr notwendig. Bei voller Ausnutzung des Arbeitstages würden dazu 12,1 Millionen Menschen beansprucht. Da die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf diesem Besitz aber nur 12,8 Millionen betrage, so wies damit gleichzeitig eine befriedigende Lösung der Frage der ländlichen Arbeitslosigkeit gefunden. Diesen theoretischen Überlegungen hält Dr. Rofe zu deren Entkräftigung nur die Frage entgegen, was der Autor dieser Ansicht wohl mit dem dann erzielten Überschuß landwirtschaftlicher Erzeugnisse anzufangen gedanke.

Einen grundsätzlich ganz anderen Standpunkt hinsichtlich des Erfolges der bisherigen und der Erfordernisse der in Zukunft vom Staate zu führenden Agrarpolitik nimmt der Verfasser eines Artikels im „Czas“, dem Blatte der Krakauer Konfederation, ein. Dieser sieht die Möglichkeit der Rückkehr zu geordneten und für die Landwirtschaft günstigen Verhältnissen nur darin, daß dem wirtschaftlichen Liberalismus mit freiem Spiel der Kräfte wieder freie Bahn gegeben werde.

Als Beweis dafür sei darauf hinzuweisen, daß die in den letzten Jahren unternommenen Versuche unter Verwenbung recht bedeutender Mittel in keinem Falle das Problem der landwirtschaftlichen Rentabilität zufriedenstellend zu lösen in der Lage waren. Wenn im letzten Jahre eine leichte Besserung zu spüren war, so sei diese nur auf die Milderung in Nordamerika zurückzuführen gewesen.

Von größerer Wichtigkeit sei daher der Hinweis darauf, daß auf den Absatzmärkten endlich wieder in entscheidender Form der Rentabilitätsfaktor in Erscheinung getreten, was gleichzeitig das Anzeichen für die Rückkehr des Wirtschaftsaufstommens und damit des entscheidenden Einflusses von Angebot und Nachfrage sei.

„Die künstlichen Mittel der Hochhaltung der Preise, ohne Ausnahme der Währungsdevaluation, vermochten der Landwirtschaft keine Rentabilität der Erzeugung zu sichern. . . Der Sieg der liberalistischen Doktrin über das System nationalisierender Wirtschaftsführung in der Landwirtschaft wird immer sichtbarer. . .

Die in aller Welt erkennliche Rückkehr zum Liberalismus in der Agrarpolitik kann auch auf unsere Agrarpolitik nicht ohne Einfluß bleiben. Vor noch nicht langer Zeit geltend gemacht auch bei uns Tendenzen zur Einführung eines Getreidemopolis, der Zusammenfassung des Mältereigewerbes in Zwangs-

verbände, der Gewährung von Mahlkontingenten, der Organisation der Landwirtschaft in Zwangs-Fachverbände bemerkbar. Es gelang uns, sich davor zu schützen. Die entsprechenden Elemente unserer Getreidepolitik, wie die Prämierung, die Interventionskäufe der Polnischen Getreide-Industrie-Anstalten waren und sind auch weiterhin nur als vorübergehend gedacht, und zweifellos muß mit der Notwendigkeit ihrer Liquidation in der näheren oder ferneren Zukunft gerechnet werden. Sie haben der Landwirtschaft neue Lasten in Gestalt von Steuerzuschüssen gebracht, und es ist klar, daß die beste Intervention heute die Senkung der Steuern ist. Die Rentabilität der landwirtschaftlichen Erzeugung muß man auch weiterhin auf dem Gebiete der Produktionskostensenkung suchen. Die Deflationsprozesse haben die wichtigsten Gebiete, wie die Belastungen zugunsten des Staates, die Versicherungen oder auch den Zinsendienst nicht berührt.“

Eine Liquidation der bisherigen Methoden der Preishochhaltung dürfte nicht plötzlich erfolgen und mechanisch durchgeführt werden, weil sie eine starke Erschütterung der Wirtschaft zur Folge haben würde, sondern sie müsse stufenweise geschehen, begleitet von einer Umstellung der Produktion und Anpassung an die neuen Verhältnisse.

Eine dauernde, aber bisher zu wenig beachtete Krankheitserscheinung der Landwirtschaft, für die man auch noch keine Lösung gefunden habe, seien die übermäßigen Vermittlungsgelöhner, die sich aus den hohen Transport- und Handelskosten zusammensetzten. Es fehle immer noch an einem kapitalkräftigen Handel, der die landwirtschaftliche Erzeugung sinzigeren könnte. Statt dessen leide die Wirtschaft unter einer Anzahl kleiner und ärmlicher Vermittler, deren enolse Reihe die Kosten vervielfache. Hier sei eine baldige Gesundung der Verhältnisse und besonders auch eine andere Einstellung der Steuerbehörden unbedingt erforderlich.

„Das heutige System überlastet und vernichtet den gesunden buchführenden Handel, als ob es die Vergeltung für den durch keine Kontrolle zu erfassenden anonymen Handel sein sollte. Daher blüht der illegale, unbekante Handel, der den Landwirt ohne Mitleid aussaugt und keine Steuern zahlt. Das Genossenschaftswesen, für das unsere Bevölkerung noch nicht reif ist, macht trotz dauernder Unterstutzungen Bankrott. Es verbleibt daher die Notwendigkeit des Schutzes und der Privilegierung der Privatkaufmannschaft.“

Gegenüber der von der Regierung bisher geführten und auch für die Zukunft geplanten Agrarpolitik, wie sie beispielsweise auch in dem Artikel von Dr. Rofe teilweise zum Ausdruck kommt, nimmt die polnische Oppositionspresse eine sehr kritische, wenn nicht gar ablehnende Stellung ein.

So wird u. a. in einem Artikel der Neujahrsnummer der „Gazeta Warszawska“ gegen die Regierung der Vorwurf erhoben, daß der mit großem Aufwande geführte Kampf bedeutend bessere Ergebnisse hätte zeitigen können, wenn nur die von der Regierung geführte Politik auf diesem Gebiete von längerer Dauer und geringerer Inkonsequenz gewesen wäre.

Wenn der Ministerpräsident Anfang November, wie namhafte Persönlichkeiten der Staats- und Wirtschaftspolitik auch schon vorher, in seiner Rede vor dem Regierungsblok die Bemühungen der Regierung, die Lage der Landwirtschaft zu bessern, zum Ausdruck gebracht und auch die Mittel angeführt habe, die dazu führen sollten, — so

„haben wir keinerlei Berechtigung, auf der subjektiven Wahrhaftigkeit dieser Versicherungen. . . zu zweifeln. Wir anerkennen auch objektiv, daß sowohl das Kabinett Kozlowski, wie auch eine Reihe der früheren Regierungen, zweifellos bemüht war, die Krise in der Landwirtschaft zu beseitigen und dabei sich auch nicht vor der Ausgabe von für unsere Verhältnisse bedeutenden Summen für diesen Zweck zurückgehalten hat.

Dagegen müssen wir feststellen, daß die Ergebnisse unserer Wirtschaftspolitik auf dem Gebiete des Kampfes gegen die landwirtschaftliche Krise leider höchst unbefriedigend ausge-

fallen sind. Dies ist in erster Linie dadurch zu erklären, daß die hauptsächlichste Bedingung für den Erfolg in der Wirtschaftspolitik die unbedingte Konsequenz und engste Harmonie zwischen den Programmtendenzen und der praktischen Durchführung sein muß. Leider sind wir nicht imstande, eine Konsequenz des Handelns und eine Übereinstimmung von Programm und täglicher Praxis festzustellen.

Um dem Vorwurfe zu entgehen, daß diese Kritik und die in ihr enthaltenen Behauptungen grundlos seien, führt der Verfasser des Artikels einige Beispiele als Bestätigung an, die in der Tat seine Vorwürfe berechtigt erscheinen lassen.

Die gleiche Tonart schlägt in einem ähnlich gerichteten Artikel auch der „Kurjer Warszawski“ an. S. Mroczowski, der Verfasser dieses Artikels, behauptet eingangs, daß die Grundbedingung für die Landwirtschaft, die Rentabilität der landwirtschaftlichen Erzeugung seit drei Jahren von der polnischen Agrarpolitik ungedrückt gelassen werde. Es sei überflüssig, den Nachweis zu führen, daß eine solche Vernachlässigung dieses wichtigsten Produktionsfaktors sich nicht nur auf die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft habe empfindlich auswirken müssen, sondern in starkem Maße zur Instabilität der Wirtschaftslage und dem Haushaltsdefizit beigetragen habe. Ein Beweis dafür seien die tiefen Steuerrückstände, die gedrückte Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes sowohl für industrielle wie landwirtschaftliche Erzeugnisse.

In besonderer Maße weist die Ende Oktober 1934 erlassene Entschuldungsgesetzgebung viele schwache Stellen auf, die z. B. äußerst nachteilige Folgen haben würden. So werde, um nur ein Beispiel anzuführen, die Bestimmung über die Liquidation und Veräußerung von mit über 30 % des Grundstückswertes verschuldeten landwirtschaftlichen Objekten neben der landwirtschaftlichen Kredit für viele Jahre unterbunden.

Mit der Bekanntgabe der Richtlinien für die Entschuldung der Landwirtschaft wurde es also befohlen, daß, sofern die bisherige Agrargesetzgebung wenigstens den Anschein des Schutzes der Landwirtschaft erweckt habe, die neuen Bestimmungen die Liquidation des Vermögens eines großen Teiles derer, die am meisten industrialisierten und wohl auf der höchsten Agrarkulturniveaus stehenden Betriebe zum Ziele hätten.

„Der einzige Hoffnungsstrahl, den wir uns an der Schwelle des neuen Jahres mit unserer niedergedrückten Landwirtschaft teilen können, ist die Überzeugung, daß die neuen Gesetze nach dem Vorbilde vieler anderer, die in der Zeit früher Schaffenskraft entstanden sind, in der Sündflut immer neuer Gesetze und Ausführungsbestimmungen untergehen und die ganze Angelegenheit so verwickeln werden, daß sie nicht so bald vom Platz kommen wird. Und wenn der Zeitpunkt naht, wird, daß sie in der Wirklichkeit umgesetzt werden sollen, werden selbst ihre Schöpfer erkennen, daß die Zeit ultraradikaler Experimente vorbei ist und man alle Kraft für die sachliche Arbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau einsetzen muß.“

[„Gazeta Polska“ vom 5. 1. 1935; „Czas“ vom 1. 1. 1935; „Gazeta Warszawska“ vom 1. 1. 1935; „Kurjer Warszawski“ vom 1. 1. 1935.]

Die Wirtschaftsführung der Polnischen Staatseisenbahnen.

In der Haushaltskommission vom 12. Januar d. J. betonte der Referent des Verkehrsministeriums hinsichtlich der Wirtschaftsführung der Staatseisenbahnen, daß diese den an sie gestellten Anforderungen vollkommen genügt hätten und sich fortlaufend vervollkommneten. Gleichzeitig könne mit Befriedigung festgestellt werden, daß die finanzielle Lage der Unternehmung sich im Jahre 1934 nicht nur nicht verschlechtert, sondern sogar eine ganz außerordentliche Verbesserung erfahren habe.

Aus den vor der Haushaltskommission gemachten Ausführungen seien im Folgenden die wichtigsten Angaben wiedergegeben.

So sei einer der wesentlichsten Bilanzposten die technischen Ausgaben. Diese hätten sich im Berichtsjahre um 15,22 % erhöht, was auf den erstmalig eingesetzten Betrag von 1 500 000

Zloty zurückzuführen sei, welcher im Zusammenhang mit der Motorisierungspolitik der Regierung für die Unterfertigung der inländischen Automobillindustrie verwendet werden solle.

Dagegen seien die für Wasserbauten ausgesetzten Kredite um weitere 25,88 % gekürzt worden, so daß für Flußregulierungen und die Erhaltung künstlicher Wasserstraßen nur ein Betrag von kaum 620 000 Zloty verbleibe.

Bei der Besprechung des Verschuldungsstandes der P.K.P. (Polnische Staatseisenbahnen) betont der Referent, daß dieser zum 1. 12. 1934 insgesamt eine Höhe von 527 442 800 Zloty hatte, wovon auf die langfristigen Verpflichtungen 393 216 800 Zloty auf Kredite zur Stärkung des Umsatzfonds 76 000 000 Zloty und auf die kurzfristigen Verpflichtungen 58 226 800 Zloty entfielen. Im Laufe des Jahres ist die Gesamtverschuldungssumme der P.K.P. um 115 717 532 Zloty angestiegen. Die Zunahme der langfristigen Verpflichtungen um rund 166 Millionen Zloty ist die Folge der Aufnahme neuer Kredite, wie u. a. die Anleihe zur Elektrifizierung des Warschauer Eisenbahnknotenpunktes in Höhe von 46 1/2 Millionen Zloty, die Anleihe zur Einführung der gekoppelten Bremsvorrichtungen in Höhe von rund 129 Millionen Zloty.

Von ihren alten Verpflichtungen habe die P.K.P. bis zum 1. 12. 1934 rund 27 Millionen abgedeckt.

Hinsichtlich der finanziell-wirtschaftlichen Seite zeigt das Jahr 1933 gegenüber einer Gesamtumsatzsumme (einschließlich der Anleiheerträge) von 852 842 908 Zloty, Einnahmen in Höhe von 888 635 018 Zloty, so daß ein Reingewinn — 35 792 105 Zloty verblieben.

Die Wirtschaftsergebnisse für 1934 gestalteten sich bedeutend günstiger. Die Einnahmen zeigten erstmalig eine gewisse Zunahme: für die ersten 9 Monate des Jahres 1934 um 13 188 000 Zloty oder 2 % mehr als im gleichen Zeitraum 1933. Dagegen gingen die Einnahmen aus der Personenbeförderung trotz der Frequenzzunahme um fast 5,4 % weiterhin um 7 228 000 Zloty, d. i. 3,1 %, zurück. Eine Zunahme zeigten alle anderen Einnahmeposten, im gleichen Maße günstig entwickelten sich in diesem Zeitabschnitt die Wirtschaftsausgaben, die im Vergleich zum vorhergehenden Jahre um 20 201 000 Zloty oder 4,3 % zurückgingen. Dank diesen beiden Faktoren erreichte man einen Überschuß von 76 826 000 Zloty, der im Vergleich zum Jahre 1933 um 39 390 000 Zloty höher ist.

Hinsichtlich der besprochenen Gütermenge sei seit 1929 eine starke Abnahme zu verzeichnen gewesen, die jedoch dank der Tarifpolitik der Regierung bereits im Jahre 1933 habe gebremst werden können, und im ersten Halbjahr 1934 sei der Gütertransport recht bedeutend, nämlich um 12 %, angestiegen.

Für die nächsten Jahre sei eine Motorisierung des Verkehrs in größerem Maßstabe vorgesehen. Nach einer Reihe von Probefahrten mit Motorschnelltriebwagen aus- und inländischer Konstruktion seien diese jetzt auf den Strecken Krakau—Kattowitz, Krakau—Johanne und Warschau—Łódź eingesetzt worden. Inwieweit Beschleunigung der Motorisierung ist für das Jahr 1935 der Bau von 40 Motorwagen geplant, von denen ein Teil mit der Einführung des Sommerfahrplans in Betrieb genommen werden soll.

Von größeren Neuanfassungen seien zu erwähnen 1. die Einführung von Vorrichtungen, die eine bessere Verbrennung der Kohle auf den Lokomotiven gewährleisten sollen, auf Grund eines Abkommens zwischen dem Ministerium und der Gesellschaft „Dozim“ in Paris. Die Gesamteinrichtungen sollen 32 805 000 Złs., jährlich in 6 Jahren, betragen. Man rechne damit, daß diese Anlagen sich binnen 6 Jahren amortisieren würden.

Ein zweites noch größeres Abkommen ist mit der englischen Firma „Wellington Works“ in London wegen Kreditierung der Lieferung von Bremsvorrichtungen für die P.K.P. getroffen worden. Der Gesamtwert dieses Abkommens betrage 4 771 892 £ bei 6 1/2 % jährlicher Verzinsung.

Der Bau neuer Eisenbahnlinien stelle sich für das Jahr 1934 günstig dar. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Strecken Płock—Sierpe, Warschau—Radom, Krakau—Miechów, Żyrardów

dawiec—Elesjon (Leschen) und nach Druskienniki in einer Gesamtlänge von 225 km sei bei den verhältnismäßig geringen Krediten als Erfolg anzusehen.

Durch die erhoffte Kohlenpreissenkung dürften die Ausgaben für Stöble um rund 7 Millionen Zloty geringer werden.

In der Tarifpolitik passe sich das Verkehrsministerium der allgemeinen Deflationspolitik der Regierung an. Die Arbeiten an der Tarifreinerung seien in vollem Gange, so daß die neuen Bestimmungen spätestens zum 1. April in Kraft treten würden.

Der Kraftwagenverkehr der P.K.P. umfasse im Augenblick seiner Einführung 874 km-Linien, auf denen täglich 12 000 Kraftwagen-km zurückgelegt würden. Im Verlauf von 7 Monaten seien 865 000 Personen befördert worden. Die Einnahmen betrügen rund 2 100 000 Zloty.

In der Frage der Kohlenmagistrale Herby Nowe—Gdynia, die von einer französisch-polnischen Eisenbahngesellschaft erbaut wurde, führt der Referent aus:

„daß die Gesellschaft nicht die zweite Obligationenserie emittiert hat, wozu sie gemäß Konzessionsvertrag verpflichtet gewesen ist. Infolgedessen fehlte es der Gesellschaft an den zur Fertigstellung der Linie und zum Ankauf des Wagenparks notwendigen Mitteln, weshalb sie die Linie nicht in eigene Verwaltung übernehmen konnte. Daher verleiht die Eisenbahn Herby Nowe—Gdynia auf Grund des Übereinkommens mit der Gesellschaft vom 1. März 1933 an in der vorläufigen Ausnutzung der P.K.P. Die Betriebsergebnisse für die 10 Monate des Jahres 1933 waren folgende: die Einnahmen betrugen 33 430 796 Zloty, die Ausgaben insgesamt 32 407 207 Zloty, der Überschuß 1 023 586 Zloty. Da im Jahre 1934 die finanzielle Lage der Gesellschaft keine Veränderung erfahren hat, führen die P.K.P. den vorläufigen Betrieb weiter.“

Vom Einnahmeerüberschuß in Höhe von 85 800 000 Zloty wurden 61 200 000 Zloty als Zuschuß zum Investitionsfonds der P.K.P. und der Rest in Höhe von 24 Millionen an den Staatsfiskus abgeführt.

Für Reifeerzeugnisse sei schließlich ein Kredit von 650 000 Zloty und für die Zivilluftfahrt ein Kredit von 17 997 000 Zloty angesetzt worden.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 13.—14. I. 1935.]

Die großpolnische Industrie im Jahre 1934.

Der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer in Polen, S. Czarnecki, gab zum Jahreswechsel in einigen Artikeln einen Überblick über die Entwicklung der großpolnischen Industrie im vergangenen Jahre und ihre gegenwärtige Lage. Eingangs stellt der Verfasser eine Uneinigkeit der Konjunktur für die einzelnen Industriezweige fest.

Der bedeutendste industrielle Produktionszweig Großpolens sei die Lebensmittelindustrie, die ungefähr den vierten Teil der großpolnischen Lebensmittelindustrie umfasse. Sie habe daher auch großen Einfluß auf die allgemeine Wirtschaftslage Großpolens, was bei der diesjährigen ungünstigen Gestaltung der Absatzverhältnisse infolge der Ausfuhrerschwerungen für Zucker, Butter und Baconn erneut deutlich in Erscheinung getreten sei. Die an und für sich schon schwierige Lage dieses Industriezweiges habe ein weiterer bedeutender Preisrückgang und die zunehmende Verarmung der Bevölkerung noch mehr verschlimmert.

Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie habe weiterhin völliger Stillstand geherrscht, und die Nachfrage von Seiten der Landwirtschaft sei ganz ausbleibend. Dagegen habe sich eine recht farhe Belebung auf dem Anlagemarkte, besonders im Wohnungsbauwesen, bemerkbar gemacht. Auch sei aufgefallen, daß eine Reihe von Unternehmen bemüht war, ihr Geschäftskapital zu vergrößern und damit gleichzeitig ihren Tätigkeitsbereich zu erweitern.

Eine ihnen auch nicht bedeutende, so allem Ansehen nach aber dauerhafte Besserung der Wirtschaftslage habe man in den folgenden Industriezweigen deutlich feststellen können: in der Me-

schall- und Maschinenindustrie, in der Leder-, Papier-, Gummi- und großpolnischen Industrie, im Ziegeleiwesen, in der Erzeugung von Kunstfäden und Osthoefernen. Als besonders günstiges Zeichen sei die gesteigerte Nachfrage der Landwirtschaft nach Kunstfäden zu werten.

Einige andere Erzeugungszweige hätten sich fast unverändert erhalten, während die Konfektionsindustrie infolge der aufeinander folgenden schlechten Frühjahrs- und Herbstjahren bedeutende Schäden erlitten habe.

Im allgemeinen habe eine gewisse Ermäßigung der sozialen Entschädigung eine kleine finanzielle Erleichterung zur Folge gehabt. Dagegen ließen sich die Auswirkungen der landwirtschaftlichen Entschuldungsgesetzgebung für die Gesamtindustrie noch nicht recht absehen. Das gleiche gelte auch für die Befehle über die Entschädigung der Selbstverwaltung.

„Man kann nämlich feststellen, daß in beiden Fällen die Entschädigung zum überwiegenden Teile auf Kosten von Industrie und Handel geht. Die Entschuldungsaktion auf dem Gebiete Großpolens stellt sich nach den vom Woiwodschafts-Komitee für Finanz-Agrarfragen gemachten Erhebungen ungefähr so dar, daß ¼ der Gesamtverschuldung der großpolnischen Landwirtschaft Privatschulden sind, was ungefähr gleichbedeutend ist mit einer Verschuldung bei Handel und Industrie.“

Genauere Zahlen kenne man nicht, doch werde die mehrfache Verschuldungsbühre der großpolnischen Landwirtschaft auf 1½ Milliarden Zloty geschätzt.

Sichtlich der sozialpolitischen Rolle, die die Industrie dieses Gebietes spiele, verleihe betont zu werden,

„daß in Großpolen die Arbeitslosigkeit auf dem Lande überaus gering ist, was in starkem Maße gerade auf die dauernde Entwicklung der hiesigen Industrie zurückzuführen ist. Für die Zukunft darf man erwarten, daß die natürliche Bevölkerungszunahme, die in den westlichen Woiwodschaften rund 60 000 Personen jährlich beträgt, in der Industrie Aufnahme finden wird.“

[„Czas“ vom 17. I. 1935; „Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 9. I. 1935.]

Dieck — als größter zukünftiger Flughafen Polens.

Die „Codzienna Gazeta Handlowa“ brachte Ende November einen Artikel, in dem über den Plan eines Ausbaues des Flughafens und die bisher durchgeführten Arbeiten berichtet wurde.

Die Ursachen des Hafenausbaues reichten noch bis in die Vorkriegszeit zurück. Damals sei die einzige Verbindung der beiden Weichseleuler eine Pontonbrücke gewesen, die im Winter auseinander genommen und deren einzelne Teile an einem zu diesem Zwecke angekauften Plafce überwinternt. Als dann von den Deutschen eine feste Brücke gebaut wurde, habe diese Stelle nur noch zur Anreicherung des Schiffsparks im Winter geblieben.

Zur Behebung der Arbeitslosigkeit sei dann nach 1920 der Staudigke innerhalb der Einfahrt zur Überwinterungsstelle in einer Länge von rund 350 m erhöht und verstärkt worden und das Bassin zum Teil weiter ausgebaut worden. Auf diese Arbeiten und das bereits Befehende habe man bei der Planung des zukünftigen Hafens weitgehend Rücksicht genommen. Es sei in dem Hafenbauplan der Bau von 6 Bassins und eines Einfahrtkanals vorgesehen, nach deren Fertigstellung die Gesamtwasserfläche im Hafen 126 710 qm betragen werde.

Es solle natürlich auch eine Werft gebaut werden, für die man gezielte Entwicklungsbedingungen erhoffe, da sie sich auf halber Strecke zwischen den bereits bestehenden Werften in Wroblewz und Modlin befinden werde „und außerdem bei dem großen Verkehr im Hafen dauernd Schiffreparaturen und Neubauten notwendig sein werden.“ Selbstverständlich sei der Bau werfthoher Gebäude, die für Werkstätten, Magazine u. a. Auf- und Abzuräumräume bestimmt sein werden.

Die Gesamtfläche der Plafce im Hafen, die zum Teil bebaut werden sollen, zusammen mit dem Werftgelände ist auf 313 762 qm projektiert, so daß also das gesamte Hafengebiet eine Fläche von 434 870 qm umfassen wird.

Besondere Schwierigkeiten habe die Frage der Hochwassergefahren bereitet. Man beachtliche, sie dadurch zu lösen, daß man Rainauern in verschiedener Höhe bauen werde, wobei man der Höhenbestimmung die Wasserstände der einzelnen Überschwemmungsjahre zugrunde legen werde. Man wähle diese Methode, weil es so kostspielig wäre, alle Anlege- und Verladeplätze über den bisher registrierten höchsten Wasserstand von 1844, und zwar + 650 cm, zu bauen. Es sei daher geplant, drei Kais in einer Höhe von 550 cm, bis zu der in den letzten 14 Jahren das Wasser nur einmal für 4 Tage gestiegen sei, zu errichten. Für Waren, die unter allen Umständen vor Wasser geschützt werden müssen, werde ein Teil des Kais noch um weitere 110 cm erhöht werden.

Der Koffenanachschlag für den geplanten Hafenbau habe zum 1. April 1931 — 8 240 771 Zloty betragen. Auf Bodenentwässerung — 294 751 Zloty, Erdarbeiten 3 303 711 Zloty, Straßen und Strände 994 675 Zloty, Wälle von der Weichelseite 1 300 000 Zloty, Gebäude 408 200 Zloty u. a. m.

Das Arbeitsstempo ist in den einzelnen Jahren stark verschieden gewesen. Die größte Arbeitsintensität bestand im Jahre 1930/31, in dem der vom Ministerium für öffentliche Arbeiten bereitgestellte Kredit verbaugt wurde. Dagegen fiel das Arbeitsminimum nur 2 Jahre später zu verzeichnen gewesen, nämlich 1932/33 (Kredit von 53 522 Zloty). Im allgemeinen seien bis zum 1. April 1933 rund 3 500 000 Zloty ausgegeben worden.

Mit dem Augenblick der Schaffung des Arbeitsfonds begannen die Arbeiten bedeutend schneller vorwärts zu gehen, und zwar dank den vom Arbeitsfonds bereitgestellten Krediten von 128 500 Zloty im Jahre 1933/34 und von 200 000 Zloty für das Jahr 1934/35.

Die Arbeiten wurden so geführt, damit möglichst schnell wenigstens ein Teil des Hafens in Betrieb genommen werden könne. Der heutige Stand der Arbeiten und die gewährten Kredite böten Gewähr dafür, daß im Frühjahr 1935 das Bassin 1 mit dem zugehörigen Kai sowie ein Teil des Bassins 2 mit dem diesbezüglichen Kai in Länge von 230 m sowie ein Teil der Handelswerft mit den dazugehörigen Öleiten in Betrieb genommen werden können.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 24. 11. 1934.]

Zur Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung.

Die Vorbereitungen für die praktische Durchführung der Entschuldungsaktion in der Landwirtschaft gehen namentlich dem Ende entgegen. Nachdem das Anlagekapital der Akzeptationsbank verordnungsgemäß erhöht worden und auch sonst alles für die Aufnahme der Schuldensukzessionierung getan sei, dürfe man mit dem Beginn dieser Arbeit auf neuen Rechtsgrundlagen bereits für die allerhöchste Zeit rechnen.

Ebenso händen die Arbeiten über die Reorganisation und die Anpassung der Schiedsämter an die neuen Vorschriften kurz vor der Vollendung. Es sei daher die baldige Veröffentlichung der entscheidenden Ausführungsverordnung über die neuartige Tätigkeit der Schiedsämter zu erwarten. Bekanntlich werde die Tätigkeit der Schiedsämter nach den neuen Verordnungen bedeutend erweitert werden, besonders infolge der Durchführung der Liquidation übermäßig verschuldeter landwirtschaftlicher Grundstücke.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 23. 1. 1935.]

Zur Frage der Forstwirtschaft.

Während der Sejmberatungen im Dezember 1934 wurde u. a. auch die staatliche Forstwirtschaft außer von einzelnen Abgeordneten, besonders auch von der höchsten Staatlichen Kontrollkommission einer recht scharfen Kritik unterzogen. Wie aus der Diskussion zu entnehmen ist, wurde

„die schädliche Ausbeutungsgart der Wälder nicht beseitigt und weiterhin übermäßig große Mengen Eisenbahnschwellen aufgestapelt. Die staatlichen Sägewerke brachten einen Verlust von 2 500 865 Zloty, wobei auffallenderweise die Staatswälder nicht nur keinen Gewinn abwarfen, sondern sich nicht einmal amortisierten.“

Der Verkauf von Holz in bearbeitetem Zustande habe nicht zur vorteilhafteren Verwendung des Rohmaterials beigetragen. Die Kontrolle habe auch in zunehmendem Umfange Waldschäfte feststellen müssen.

Einer der Abgeordneten, der besonders die Verfallwirtschaft der Staatsforsten unterstrich, erklärte, daß nach Mitteilungen aus Fachkreisen, der Staatsforstaus von Holzverkauf fünf- oder gar zehnmal soviel herausbringen könnte wie bisher, wenn man leizt wäre, das Holz an diejenigen abzugeben, die es kaufen wollten.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 13. 12. 1934.]

Der polnische Export nach Übersee.

Die vor kurzem veröffentlichten statistischen Angaben über die polnische Ausfuhr haben eine bemerkenswerte Tatsache ergeben, nämlich, daß zum ersten Male in der Geschichte des polnischen Außenhandels der Überseeexport eine beträchtliche Zunahme erfahren hat.

In den ersten Jahren habe die polnische Ausfuhr fast ausschließlich in den unmittelbar benachbarten Ländern Aufnahme gefunden, und zwar sei Deutschland mit etwa 50 % beteiligt gewesen, während in die andere Hälfte sich Österreich und die Tschechoslowakei geteilt hätten. Hierin sei durch den deutsch-polnischen Handelskrieg im Jahre 1925 ein entscheidender Wandel eingetreten. Trotzdem aber seien noch im Jahre 1929 von der gesamten polnischen Ausfuhr vermäßig 52,2 % von den Ländern Mitteleuropas (Deutschland, Österreich und Tschechoslowakei) aufgenommen worden, jo, der Anteil Europas insgesamt habe vermäßig sogar 95,3 % betragen. Das bedeute, daß kaum 5 % des polnischen Exports in Übersee untergebracht worden seien (bason 1,1 % in den Vereinigten Staaten).

„In der Zeit der Krisis hat sich bei uns viel geändert. Die frühere führende Stellung, welche in unserer Ausfuhr die drei mitteleuropäischen Märkte einnahmen, gehört der Vergangenheit an. Der Gesamtanteil dieser drei Länder an unserer Ausfuhr erreicht im abgelaufenen Jahre kaum 27 %, während der Anteil von Großbritannien allein schon 20 % überschreitet.“

Eine vollkommene neue Erscheinung sei aber im Jahre 1934 aufgetreten:

„Der Anteil der europäischen Länder an unserer Ausfuhr betrug noch im Jahre 1933 etwa 92 %. Mit andern Worten, in den überseeischen Ländern brachten wir etwa 8 % von der Gesamtheit unserer Ausfuhr unter. Im Vergleich mit den vorher zitierten 5 % im Jahre 1929 bedeutete das zwar einen gewissen Fortschritt, aber auf die Gesamtheit unseres Exportumsatzes konnte das keinen Einfluß ausüben. Erst im abgelaufenen Jahre ist ein Umschwung eingetreten. Denn nicht nur ist unsere Gesamtausfuhr seit der Krisis zum ersten Male vermäßig und mengenmäßig gewachsen, sondern auch der Anteil der überseeischen Länder gerade an dieser vergrößerten Ausfuhr wuchs von diesen kaum 8 % im Jahre 1933 auf fast 13 % im abgelaufenen Jahre an. Bei Umrechnung auf Wertzahlungen sieht das ungefähr so aus, daß, während unsere Gesamtausfuhr im abgelaufenen Jahre die Summe von 975 Millionen Zloty erreichte, hiervon die Ausfuhr nach außereuropäischen Ländern den Wert von über 125 Millionen Zloty erreichte. Das ist ungefähr so viel, wie unsere Übersee-Ausfuhr im Jahre 1929, dem Zeitpunkt unserer höchsten Ausfuhrkonjunktur, betrug . . . Es zeigt sich also, daß gerade die Vermehrung der Übersee-Ausfuhr entscheidend die Tatsache der Steigerung unserer Gesamtausfuhr beeinflusst hat. Denn im abgelaufenen Jahre erfuhr unsere Ausfuhr nach europäischen Ländern eine weitere, wenn auch nicht große Schrumpfung. Es wiederholt sich also mutatis mutandis das gleiche, was wir schon einmal auf europäischem Gebiete durchmachten, als man uns von den territorial am nächsten gelegenen Märkten verdrängte und uns gewissermaßen zwang, unsere Handels-Expansion auf weiter entfernte europäische Märkte zu verlegen. Gegenwärtig nötigen uns die in ganz Europa herrschenden Exportschwierigkeiten, den Absatz jenseits seiner Grenzen zu suchen.“

[„Kurjer Warszawski“ Nr. 23 (23. 1. 1935), S. 13.]